

Claudia Neu, Universität Göttingen

Ulrich Beck's Individualisierungsthese hatte uns eine Welt ohne erzwungene Bindungen „versprochen“. Wirtschaftswunder, Massenkonsum, Wohlfahrtsstaat und Bildungsexpansion brachten Lebensstandarderhöhungen und mehr individuelle Handlungsspielräume für nahezu alle Bevölkerungsschichten der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft. Dieser Fahrstuhleffekt führte nicht nur zu sozialen Aufstiegen (vor allem von Frauen), Pluralisierung von Lebensstilen, Fernreisen für alle und Hifi-Anlagen im Kinderzimmer, sondern war zugleich begleitet von einer Freisetzung aus traditionellen, familiären und religiösen Bindungen (Entraditionalisierung). Die durchaus von einer Mehrheit gewollt und begrüßt wurde. Ronald Inghelard hat es auf die berühmte Formel gebracht: Postmoderne Gesellschaften haben ihren Wertekanon von den Pflicht- und Akzeptanzwerten hin zu Selbstentfaltungswerten verschoben („Stille Revolution“). (Anmerkung Holtmann: Pflicht- und Akzeptanzwerte neu beleben. CN: Rückwärtsgang?)

In der DDR sollte realsozialistische Planwirtschaft und wissenschaftlich technischer Fortschritt für gesellschaftliche Annäherung und modernen Lebensstandard sorgen. Dass diese Versuche in einer gesellschaftlichen „Nivellierung nach unten“ (Manfred Lötsch) endeten, steht auf einem anderen Blatt. Gleichwohl beförderte der Sozialismus durch hohe Frauenerwerbsarbeit und antireligiöse Haltung eine Entraditionalisierung auf persönlicher Ebene bei gleichzeitig hoher kollektivistischer Staatsdoktrin und zusammenhaltstiftenden Erfahrungen im Betrieb und Dorf.

Im Westen wurden die Schattenseiten der Individualisierung bis weit in die 1990er Jahre unterem Begriff der Optionengesellschaft diskutiert (der Zwang sich entscheiden zu müssen), gesellschaftlicher Zusammenhalt war kein Thema. Vielmehr galt: Wenn sich jeder um sein persönliches Fortkommen und die Selbstoptimierung kümmere, dann nutze dies der ganzen Gesellschaft. Oder besser noch: es gäbe ja ohnehin keine Society, wie Magret Thatcher vermutete. Ungleichheiten schienen zu Lebensstilfragen geschrumpft zu sein (Champagner oder Selters).

Die Verlierer der Individualisierung gerieten erst in den Blick als die Globalisierung an Fahrt aufnahm, die Landschaften in Ostdeutschland nicht ganz so bunt blühten, die Finanzkrise wütete und die Digitalisierung eine unsichere Zukunft verhieß. Nun sprach die FES plötzlich von Prekarität und die Soziologie von Überflüssigen und Exklusion, von Peripherie und Abgehängten. Die politischen Antworten auf diese Verwerfungen waren klar im Neoliberalismus verankert (Privatisierung, Ökonomisierung, Selbstverantwortung, Stärken stärken).

Doch der Lack der New Economy ist ab: Infrastruktur verfällt, Öffentlichkeit verwaorlost. Und der steile Karriereaufstieg in der Frankfurter City macht doch irgendwie einsam – vor allem Frauen. So ist

die Kehrseite dieser Optionserweiterung Bindungsverlust. Zugleich entsteht eine paradoxe Situation: Einerseits die Gewinne der Individualisierung genießend, scheinen mehr und mehr Menschen andererseits auf der Suche nach sozialen Bindungen zu sein, die ihnen Halt, Stabilität und Heimat bieten. Sie suchen nach Orten der face-to-face Begegnung – nach Sozialen Orten eben. Wie geht Zusammenhalt in einer hoch funktionalen, (digital) fragmentierten Gesellschaft? Traditionen sollen heute selbstverständlich nicht mehr zwingend sein und lebenslang binden. Biographisch passgenau muss das Engagement sein, die Goldene Schachnadel ist perdu. Die Nachbarschafts-App bringt nun das Quartier zusammen.

Dennoch hilft alles nichts gegen Verlustängste, Unsicherheit und Orientierungslosigkeit. So sind die politischen Aussichten düster, rückwärtsgewandt und angsterfüllt. Wenn wir Heinz Bude Glauben schenken wollen, dann leben wir in einer „Gesellschaft der Angst“, für die Zukunft nicht Verheißung, sondern Drohung ist, in der Sicherheit gegen Freiheit ausgespielt wird, in der nicht soziale Gerechtigkeit zählt, sondern individuelle Befindlichkeit.

Sah Ulrich Beck in den sogenannten "neuen sozialen Bewegungen" noch neue Bindungsformen als Ausdruck des gesellschaftlichen Individualisierungsschubs, der nach der Studentenbewegung der späten 1960er-Jahre neue politische Akteure auf den Plan rief: die Frauen-, die Umwelt- und die Friedensbewegung. Hier fanden die neuen Freiheiten der Mittelschicht ihre politischen Repräsentationsformen. Zukunft sollte ökologisch und sozial gerecht gestaltet werden. Diese sozialökologischen wie individualistischen Ideen der Partei "Die Grünen" sickerten nach und nach in die gesamte Parteienlandschaft ein.

Heute sehen wir die neuen populistischen Parteien und rechtsextreme Aufmärsche, in der die Homogenisierungsphantasien, die Retroromantik und der Fremdenhass der Verbitterten (Bude) und hater ihren politischen Widerhall finden. Zusammenhalt heißt hier: America First, Deutschland den Deutschen und „Zusammenhalt ohne Vielfalt“. Der neue populistische Politikspruch ist längst Mainstream geworden und die Rechten treiben die alten Volksparteien vor sich her.

Die Not ist groß, neue Konzepte zu finden, die Heimat generieren, lokale Demokratie stärken, endogene Entwicklungspotentiale heben, die Schrumpfung bewältigen, caring communities schaffen und den Populisten das Wasser abgraben....

So viel öffentliche Aufmerksamkeit erfahren, hinterlässt ambivalente Gefühle.

- Resonanzboden für positive Assoziationen und diffuse Gefühle, politische Begehrlichkeiten und unterschiedliche Deutungsangebote

- Scharnier zwischen dem Nahraum, dem Lokalen (Engagement und Netzwerke) und den großen Themen der Gesellschaft (Gleichwertigkeit, territoriale soziale Ungleichheit, Demokratie)
- Generieren Verbindlichkeit und sind doch freiwillig und biographisch passgenau (reagieren auf ortsspezifische Anforderungen, Lücken, Missstände)
- sind inklusiv und öffentlich
- aber: Laufen Gefahr zu einer Projektionsfläche zu einem Allgemeinplatz zu werden, der von jedem beliebig befüllt werden kann.